

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 64, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-293
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

5 Pfennig

Sonnabend
21. Februar 1925

Berlin und Ausgabeabteilung
Geschäftsjahr 9-3 Uhr
Verleger: Derwets-Verlag GmbH
Berlin SW. 64, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhofs 2806-2807

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Des Reichsbanners Tag.

Gewaltiger Zustrom nach Magdeburg. - Großdeutsche Kundgebung.

Magdeburg, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Das Leben in der Hauptstadt der Provinz Sachsen pulst heute stärker und bedeutender als an anderen Tagen. Seit gestern abend hat ein ungeheurer Zustrom von Fremden eingeseht, der die Hauptstraßen der Stadt, besonders den Breiten Weg und die Große Münzstraße, durchflutet, in der das prachtvoll geschmückte Gebäude der 'Magdeburger Volksstimme' sich befindet. Aus allen Teilen des Reiches sind schon Abordnungen und Gruppen des Reichsbanners eingetroffen, so aus Bayern, Schleswig, Sachsen, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Halle, die sich vielfach durch die verschiedenen Abzeichen, Kokarden und Kränze voneinander wirkungsvoll unterscheiden. Während die innere Stadt mit ihren Geschäftsstraßen, in denen das nationalliberale Großbürgertum haust, merkwürdig wenig Flaggenschmuck angelegt hat - vielfach haben sich Geschäftsleute ostentativ gemeldet, für das Reichsbanner zu fliegen - weisen die Nebenstraßen und die Vororte reichlichen Flaggenschmuck auf, Straßen und Vororte, in denen die Arbeiterbevölkerung, das Proletariat Magdeburgs, wohnt und lebt, und die durch ihren Schmuck kundtun, daß sie zum Reichsbanner und zur Republik steht. Für die 'Stahlhelm'-Verhöhnung ist kennzeichnend, daß Hausbesitzer sich geweigert haben, den Schmuck, den die Mieter an den Häusern anbringen wollen, an den Häusern zu lassen. Vielfach ist der Schmuck von den nationalistischen Hausbesitzern wieder heruntergerissen worden. Und es hat erst des Entsprechens von Reichsbannerleuten bedurft, um den Schmuck wieder zu befestigen.

Das große Ereignis der Tagung war bisher der Fackelzug am Freitag abend. Riesige Volksmassen hatten sich lange vorher eingefunden und umsaumten den ganzen Weg. Auf dem Staatsbürgerplatz, der früher Kaiser-Wilhelm-Platz hieß, traten die Fackelzüge - etwa 9000 Mann mit brennenden Fackeln - zusammen. Der Zug schloß sich in Bewegung, voran die 200 Mann starke Musik und Spielmannskompanie, hinterher kamen die Fahnengruppen der Magdeburger, etwa 30 Mann, mit schwarzrotgoldenen Fahnen, hinter der Fahnengruppe schritt der eigentliche Zug der Reichsbannerleute, die in den Händen Grenzpfähle trugen in den Farben der deutschen Einzelstaaten. Der Zug bewegte sich über den Breiten Weg zum Dampfaben und nahm dort Aufstellung. Unterwegs wurden sie von allen Seiten lebhaft begrüßt. Transparente leuchteten auf die Marschierenden mit den Inschriften: 'Es lebe die Republik!', 'Das Deutsche Reich ist eine Republik!', 'Die Staatsgewalt geht vom Volke aus' u. a. Nachdem man auf dem Dampfaben angelangt war, schlugen die Trommler einen Wirbel. Darauf ergriß der Zugführer der Magdeburger Reichsbannerleute, Franz Lange, das Wort zu einer kurzen ergreifenden Gedenkrede auf die Dortmunder Bergwerksoffiziere, unter denen sich nicht weniger als 78 Reichsbannerleute befunden haben, die zum Teil schon ihre Fahnen für die Fahrt nach Magdeburg bezogen hatten und sich gleichfalls mit den anderen deutschen Kameraden an der feierlichen Veranstaltung beteiligen wollten. Sodann ergriß Direktor Böffler aus Berlin das Wort zu einer außerordentlich wirksamen und temperamentvollen Feierecke, in der er besonders den deutschen Einheitsgedanken herausarbeitete. Als er auf die Notwendigkeit der Einheit des gesamten deutschen Volkes hinwies, trafen die Reichsbannerleute mit ihren Grenzpfählen vor und warfen sie auf einen todernden Feuerstoß, wo sie verbrannten. Eine

wirkungsvolle Demonstration für das große deutsche Einheitsreich.

Als dritter Redner sprach Nationalrat Dr. Julius Deutsch, der aus Wien herbeigeeilt war, um die Grüße und Wünsche der Deutschösterreicher zu überbringen und den von Böffler ausgesprochenen Wunsch zu einem großen deutschen Einheitsstaat unter dem schwarzrotgoldenen Banner, der die Deutschösterreicher seit jeher befeuert hat, noch besonders zu betonen. Dann wurden die drei Strophen des Deutschösterreicherliedes gesungen und die Fackeln zusammengeworfen. Die Kameradschaft trat wieder an und unter den Klängen des Reichsbannermarsches vollzog sich der Abmarsch in geordneter Weise ohne jede Störung.

Ein bedeutungsvolles Ereignis am Sonnabend war die Ankunft der Mitglieder des

Republikanischen Schutzbundes Deutschösterreichs.

Bereits früh 8 Uhr trat eine starke Fahnenkompanie mit einer ebenso starken Abteilung Spielleute auf dem Bahnsteig in Magdeburg an, um die Ankunft der Österreicher im D-Zug zu erwarten. Der Zug lief mit einer kleinen Verspätung ein, und unter den Klängen des Reichsbannermarsches verließen die österreichischen Kameraden den Zug. Eine starke Gruppe der Spezialformation ETL des Republikanischen Schutzbundes Deutschösterreichs kam unter der Führung des Kameradschaftsleiters, des Kameraden Wilhelm Fodenberger, und unter der Begleitung des Direktionsobmannes Anderlitz. Die österreichischen Landeute wurden von dem Nationalrat Deutsch kurz begrüßt und sodann nach dem Kölner Platz begleitet, der von riesigen Menschenmengen umsaumt war, die auf die österreichischen Bundesfreunde Strauße und Fähnchen begeistert herabwarfen. Hier auf dem Kölner Platz hielt Kunzemann im Auftrag der Bundesleitung eine kurze Ansprache, in der er die österreichischen Kameraden auf das herzlichste begrüßte und sie in Magdeburg willkommen hieß.

In ebenso herzlicher und freundlicher Weise erwiderte Nationalrat Dr. Deutsch und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es den Österreichern vergönnt sei, mit den deutschen Kameraden in Magdeburg den

Einheitsgedanken, verkörpert durch die schwarzrotgoldene Fahne,

feiern zu heißen. Sodann formierte sich ein endloser Zug unter Vorantritt einer Fahnenkompanie und eines Musikkorps. Den Schluß machten die Magdeburger Kameraden und die aus dem Reich herbeigeeilten. Der Zug ging durch die ganze Stadt, wo er überall von Frauen, Mädchen und Kindern durch begeisterte Zurufe begrüßt wurde. Blumen und Fähnchen um fielen auf die Teilnehmer zurück. Es war ein Erlebnis für alle Beteiligten! Der Marsch hielt vor der Postal 'Belvedere', hoch über der Elbe gelegen, dem Standort der Österreicher, wo sie mit herzlichem Willkommen entlassen wurden.

Für heute abend werden die Berliner und die Teilnehmer aus anderen deutschen Städten erwartet. Der größte Teil kommt am Sonntag, so daß die erwartete Anzahl von 100 000 Teilnehmern wahrscheinlich weit übertroffen werden wird.

Der Hauptstrom der Teilnehmer aus dem Reich wird aber für Sonntag morgen erwartet. 40 Extrazüge mit je etwa 1000 Mann sind auf dem Bahnhof angemeldet. Dieser Reichsbannertag bringt Menschen aus allen Teilen des Reiches in einer solchen Zahl nach Magdeburg, wie noch nie zuvor bei irgendeiner Gelegenheit.

eine neue überraschende Wendung eingetreten. Wenn der Gedanke einer vorübergehenden Unterbrechung noch nicht endgültig aufgegeben worden ist, so haben sich doch im Laufe der den ganzen Freitag über zwischen dem Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Raynaldi fortgesetzten Aussprache neue Verständigungsmöglichkeiten ergeben, die die deutsche Delegation dazu bestimmt haben, ihre für Sonnabend geplante Abreise nach Berlin zu verschieben. Die nächste Besprechung zwischen den beiden Delegationschefs ist für nächsten Donnerstag anberaumt. In der Zwischenzeit sollen die Sachverständigen versuchen, die neuen, von beiden Seiten sowohl für das Provisorium wie für den endgültigen Vertrag gemachten Vorschläge auf eine gemeinsame Formel zu bringen.

Tagesordnung für Genf.

Zusammentritt des Völkerbundes am 9. März.

Genf, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Völkerbundsekretariat hat am Freitag die Tagesordnung für die 33. Ratstagung am 9. März in Genf veröffentlicht. An erster Stelle stehen der Protokollentwurf über das Schiedsgericht für internationale Streitfragen, die Abrüstungskontrolle des Völkerbundes über Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, die deutsche Regierungsnote über die deutschen Abänderungsvorschläge des Völkerbundes, ferner der türkisch-griechische Patriarchenstreit und Minoritätenfragen. Einen besonders breiten Raum werden die Danziger Angelegenheiten einnehmen, da Polen die Abweisung des englischen Oberkommissars wegen angeblicher Deutschfreundlichkeit und außerdem in einem Brief an den Rat die Aufröhlung des polnischen Danzig-Problems fordert. Es wird eine grundsätzliche Klärung aller Streitfragen erwartet. Für das Saargebiet wird eine neue fünfgleidrige Regierungskommission auf ein Jahr ernannt werden, davon ein Franzose, ein Saarländer und drei, die weder Franzosen noch Deutsche sind. Ebenso wird die Ersetzung der französischen Besetzung durch lokale Gendarmerie endgültig geregelt werden.

Die Preußenkrise.

Marg kommt wieder.

Ein Blick in die Zeitungen von heute morgen zeigt, daß die Preußenkrise durch den Zufallsfall der reaktionär-kommunistischen Opposition ihrer Lösung um keinen Schritt näher gekommen ist.

Die 'Germania' bestätigt, daß das Zentrum nicht gewillt ist, sich durch Schläge in den Bürgerblock zwingen zu lassen. Sie bezeichnet ironisch Herrn Pieck als den mächtigsten Mann Preußens und sieht in der Abneigung der Rechten gegen 'westliche' und katholische Minister die eigentliche Ursache des gestrigen Ereignisses. Dann fährt sie fort:

Was soll nun geschehen? Die Koalitionsparteien brauchen sich der Niederlage nicht zu schämen. Ihr endlicher Sieg bei späterem und entschlossenem Aushalten bis ans Ende ist durchaus erreichbar und um diesen Sieg werden die Koalitionsparteien weiterkämpfen, denn es geht um die höchsten staatspolitischen Ideale, die in schweren Zeiten verteidigt werden müssen, koste es was es wolle. Es ist einfach eine unmögliche Sache, daß sich die Zentrumskolonie der Terrorpolitik der Deutschen Volkspartei beugt. Und wenn die Opposition noch zehn solcher 'Siege' wie gestern erringt, es wird ihr nicht gelingen, die Zentrumskolonie von ihrem bisherigen Wege abzudrängen. Die Rechtsopposition selbst ist ja nicht imstande, ein Kabinett auf die Beine zu stellen, sie kann zwar zerstören, aber nicht aufbauen. Es muß ihr überlassen bleiben, wie weit sie diese Zerstörungsbauarbeit fortsetzen will. Aber sie wird sich hoffentlich im klaren darüber sein, daß jeder neue Vorstoß eine Verschärfung der Gesamtsituation bringt und daß die preußische Krise sich leicht auf das Reich ausdehnen kann.

Nach den Angaben der 'Germania' haben gestern sechs Zentrumskolonisten, Demokraten und Sozialdemokraten waren also vollzählig. (Der eine fränke Sozialdemokrat wurde in letzter Stunde noch herbeigeholt.) Von den sechs Zentrumskolonisten sind zwei die schon bekannten v. Papen und Loenarz, zwei, die Abgg. Cismann und Krug, sind schon seit längerer Zeit schwer krank, zwei weitere, Baumann und König, hatten sich vor einigen Tagen krank gemeldet. Die genauen Angaben der 'Germania' lassen darauf schließen, daß das Zentrum zur Herstellung einer vollkommenen Fraktionsdisziplin entschlossen ist, um auf solche Weise seine Rüstung für die noch bevorstehenden schweren Kämpfe zu vollenden.

Die Rechtspreffe ist auf den allen Ton gestimmt: entweder müsse das Zentrum die Deutschnationalen an die Regierung lassen oder die Auflösung sei unvermeidlich. Ueber unsere Stellung zur Auflösung haben wir uns schon ausgesprochen: wir denken nicht daran, ihr auszuweichen und halten es für wahrscheinlich, daß sie als letztes Mittel zur Anwendung gebracht werden muß. Unverständlich bleibt dabei aber doch, was sich gerade die Rechte von der Auflösung verspricht. Sie mühte zu ihren 183 Mandaten 43 dazu gewinnen, um eine ganz knappe Mehrheit von einer Stimme zu erobern, der Weimarer Koalition fehlen aber zu derselben knappen Mehrheit nur zwei Stimmen!

Die Rechte kann also gar nicht daran denken, für sich allein regierungsfähig zu werden. Auch nach den Wahlen würde sie erst recht die Hilfe des Zentrums dazu brauchen. Wenn nun in den nächsten Wochen ein Wahlkampf ausbrechen sollte, der alle bisherigen an Schärfe weit übertreffen würde, und in dem Rechte und Zentrum als Gegner einander gegenüberstünden - wer hält es für möglich, daß dann, nach Zusammentritt des neuen Landtags, Rechte und Zentrum sich zur Wohl eines gemeinsamen Ministerpräsidenten und zu einer festen Regierungskoalition zusammensuchen könnten?

Es ist also völlig ausgeschlossen, daß die Rechte durch einen neuen Wahlkampf ihr Ziel erreichen könnte. Umgekehrt ist eine glatte Entscheidung gegen sie nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich. Es genügt, daß Zentrum und Demokraten sich im Wahlkampf innerlich festigen, ohne neue Mandate zu gewinnen, und daß die Sozialdemokratie den Kommunisten ein paar Sitze abnimmt, um der Reaktion den Weg zur Macht in Preußen sicher zu verbauen. Ist das Vertrauen der Rechten in die Widerstandskraft ihrer kommunistischen Bundesgenossen - trotz Tscheta-Prozess! - wirklich so stark, daß sie die Probe aufs Exempel riskieren wollten?

Zweifellos aber können auch die Demokraten gegen die Volkspartei bedeutende Erfolge erringen, wenn sie entschlossen zum Kampf übergehen. Die Volkspartei hat aufgehört, eine selbständige Partei zu sein, sie ist nur noch ein Anhängel der deutschnationalen Reaktion. Zwischen dieser und der Demokratie, der bürgerlichen und der sozialistischen, muß die Volkspartei zerrieben werden.

Sind also die Aussichten der Weimarer Koalition im Wahlkampf günstig, so hat diese doch keinen Grund, sich Modalkritik und Zeitpunkt der Auflösung von der Rechten vorzuschreiben zu lassen. Ebenso wie die Opposition berechtigt ist, die Regierung zu stürzen, solange ihr nicht dabei der Atem ausgeht, sind die Regierungsparteien berechtigt, immer wieder den ihnen genehmen Ministerpräsidenten zu wählen. Nur wenn sich die Rechte mit den Kommunisten auf eine gemeinsame Regierung Schlange-Campe-Pieck-Stoll einigt, kann sie vielleicht die Wiederwahl von Marg verhindern.

Daß der Rechten selbst bei dem frevelhaftesten Spiel, das sie begonnen hat, angst und bange wird, zeigt am besten ein Artikel des 'Berliner Lokalanzeiger'. Darin wird ausgeführt:

Für den Fall, daß bei der Reimwahl des Ministerpräsidenten abgemals Herr Marg gewählt wird, weiß man in recht-

Verhandlungen über den Kontrollbericht.

Ein Schritt der Reichsregierung in London.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung des 'Petit Parisien' aus London soll die deutsche Regierung dort Schritte unternommen haben, mit dem Ziele, die Aufnahme mündlicher Verhandlungen über den Bericht der alliierten Militärkontrollkommission in die Wege zu leiten. Die Reichsregierung habe sich dabei auf das Beispiel der Londoner Konferenz über die Durchführung des Dames-Plans berufen und in Aussicht gestellt, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten über nahezu sämtliche von der Kontrollkommission aufgeworfenen Beanstandungen möglich sein werde. Bedinglich über die Kasernierung der Sicherheitspolizei seien von deutscher Seite gewisse Vorbehalte gemacht worden. Das Blatt bemerkt zu dieser Nachricht: In Paris sei man der Auffassung, daß das von den Alliierten einzuschlagende Verfahren im Friedensvertrag selbst genau festgelegt sei und jede Hinzuziehung Deutschlands zu den Verhandlungen ausschließe. In London aber glaube man, das deutsche Ersuchen schon aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ablehnen zu können. Deshalb habe die englische Regierung neuerdings den Gedanken einer zunächst rein alliierten Konferenz angeregt, zu der dann später, ähnlich wie im letzten Sommer, Deutschland eingeladen werden soll. Da der von Herriot in Aussicht genommene Besuch in London neuerdings wieder unwahrscheinlich geworden sei, habe Chamberlain sich bereit erklärt, noch vor Zusammenritt des Völkerbundes eventuell auch an einer Konferenz in Paris teilzunehmen. Zwischen den alliierten Kabinetten seien darüber augenblicklich Verhandlungen im Gange.

Die Pariser Verhandlungen.

Keine Abreise der deutschen Delegation.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist am Freitagabend

Poegel verwickelt sich.

Seine Zugeständnisse im Verhör.

BS. Leipzig, 21. Februar.

Zu Beginn des heutigen neunten Verhandlungstages teilte der Vorsitzende mit, daß einer der Latenbesitzer des Staatsgerichtshofes, Fabrikbesitzer Emil Schmidt, erkrankt und aus dem Gericht ausgeschieden sei. An seine Stelle trete als Ersatzzichter Generalleutnant a. D. Kähler. Auf eine Beschwerde des R. A. Dr. Samter, daß die Exemplare der „Roten Fahne“, die er dem Gefangenen mitgebracht habe, im Gefängnis beschlagnahmt worden seien, erklärt der Vorsitzende, daß er diese Beschlagnahme verfügt habe, weil in dem genannten kommunistischen Blatt scharfe Angriffe gegen den Staatsgerichtshof und die Verhandlungsleitung gerichtet worden waren. Im übrigen behalte er sich eine Entscheidung über die Kuschhandigung von Zeitungen an die Angeklagten von Fall zu Fall vor.

Dann wurde in der Vernehmung des Angeklagten Poegel fortgeführt, und zwar hinsichtlich des Attentatsplanes auf den Kriminaloberwachtmesser Schlotter. Wesentliche Widersprüche zwischen den Bekundungen Pogeels zu diesem Fall und der diesbezüglichen Darstellung Neumanns ergeben sich nicht. Neumann habe schließlich erklärt, er könne doch nicht unverständlicher Sache vor „Helmut“ hintraten. Er werde sich jetzt mit Minister Bolz beschäftigen. Seiner Gruppe habe er allerdings vorher nichts davon erzählt, daß er den Auftrag dazu von Wollenberg erhalten habe.

Neumann: Ich habe meinen Beuten diesen Auftrag, den ich in Frankfurt a. M. erhalten hatte, erst in Stuttgart mitgeteilt. Ich habe aber niemals die Aeußerung getan, daß ich nicht unverständlicher Sache vor „Helmut“ hintraten könnte. Poegel macht diese Angaben nur, um sich bei der Partei wieder in Aasehen zu bringen und alle Schuld auf sich zu wälzen.

R. A. Dr. Wolf: Poegel hat schon bei der polizeilichen Vernehmung dasselbe gesagt. Der Vorwurf Neumanns ihm gegenüber ist also ein ganz unberechtigter.

Poegel: Ich mußte vorher überhaupt nicht, daß Bolz württembergischer Innenminister war, und Neumann wird das vorher auch nicht gewußt haben. — Poegel berichtete weiter über das im Auftrage Neumanns geführte Telefongespräch mit der Frau des Ministers, die ihm mitteilte, daß ihr Mann erst am Abend von Ulm nach Stuttgart zurückkehre. Er solle zum Bahnhof gehen und sich durch den Stationsvorsteher dem Minister vorstellen lassen.

Poegel: Um aber zu verhindern, daß man bei dieser Gelegenheit etwas gegen den Minister unternehme, ging ich erst so spät zu Neumann in das verabschiedete Lokal zurück, daß an diesem Abend nichts mehr gegen Bolz unternommen werden konnte. Am nächsten Tage schrieb dann Neumann seinen Bericht über die Tätigkeit der Gruppe, der später bei ihm beschlagnahmt wurde. Neumann distanzierte ihn mir und schickte dabei alle anderen Mitglieder der Gruppe hinaus.

Neumann: Nein, das ist nicht wahr. König war zugegen.

König: Ja wohl, ich war dabei.

Poegel bleibt trotzdem bei seiner Darstellung. Er schildert dann weiter seine Verhaftung mit den übrigen Mitgliedern bei der Überfallaktion Mörsners im Lokal von Proh. Als die Polizei kam, wollte ich meinen falschen Paß nicht vorzeigen, um so mehr, als Eszen bereits hochgegangen war. Ich gab deshalb nur meinen Nachnamen „Karl Kaiser“ an. Auf dem Wege zur Polizei gab Neumann mir einen Stoß und sagte: „die Polizei kann uns nichts wollen, seid ruhig“. Unterwegs versuchte dann Neumann auszuweichen. Auf der Polizeiwache habe ich gegen meine Verhaftung protestiert, mußte dann 10 Mark deponieren, worauf man mich gehen ließ. Am anderen Tage hat uns dann König außerhalb der Stadt hinausgeführt bis zu dem Punkt, wo das Auto auf uns wartete. Im selben Augenblick, wo wir einsteigen wollten, sah ich ein Auto mit einem gelben Wons hinter uns und da sagte König: „Du, das ist Polizei“. Im selben Moment mußte ich, daß wir Stuttgart nicht mehr verlassen sollten und daß man uns (auf Neumann deutend) hochgehen lassen würde.

Angeklagter Diener: Es wird der Ansehens erweist, als ob ich an der Sitzung, in der der Plan zur Ermordung Bolz beraten wurde, teilgenommen hätte. Das ist aber nicht richtig.

R. A. Dr. Schlotter: Hatte Poegel ernsthaft die Absicht, den Kriminaloberwachtmesser Schlotter zu erschlagen, wenn er erschienen wäre?

Poegel: Ich hätte irgendwie versucht, mich aus der Situation zu ziehen. Jedenfalls hätte ich gegen Schlotter nichts unternommen.

Vors.: Sie sollten doch mit König zusammen handeln. Den hätten Sie also seinem Schicksal überlassen.

Poegel: Ich habe auch nicht an die Ernsthaftigkeit bei König geglaubt.

Neumann: Ich habe an die Ernsthaftigkeit der Beiden geglaubt. Bei der Verhaftung des Eszen hatte ich zuerst Verdacht gegen König, gab diesen Verdacht aber bald wieder auf.

Poegel: Ich dachte mir auch mein Teil über König, hatte aber keine Beweise gegen ihn.

Vors.: Sie mußten doch aber mit der Möglichkeit rechnen, daß König gegen Schlotter Ernst machte und ihm auftragsgemäß den Hals durchschneidet.

Poegel: Das hing doch von mir ab, denn ich sollte ihn dazu doch erst niederlegen. Ich hätte dann eben eine ungeschickte Bewegung gemacht, um Schlotter zu warnen.

Vors.: In der Voruntersuchung haben Sie aber von diesen sehr wichtigen Absichten gar nichts gesagt. (Zu Neumann) haben Sie denn König wegen Spitzelverdachts beobachten lassen?

Neumann: Ich entsinne mich dessen nicht.

Diener: Doch, er sagte mir, er werde König beobachten lassen und ich habe es gleich darauf dem König mitgeteilt. (Heiterkeit.)

Neumann: Der Verdacht gegen König hatte sich aber als haltlos erwiesen.

R. A. Dr. Wolf: Deshalb er sich haltlos erwies, müssen wir ja jetzt wissen, Herr Rechtsanwalt? Das ist eine einseitige Darstellung Dieners.

Im Anschluß hieran entspannen sich längere Erörterungen über die Frage, weshalb sich Neumann über den unter Spitzelverdacht stehenden König gerade bei dem unter demselben Verdacht stehenden Diener erkundigt hat, wozu Neumann erklärt, daß Diener ihm gerade von Wollenberg empfohlen worden sei.

Rechtsanwalt Neumann stellt hierzu fest, daß gegen Wollenberg das Verfahren wegen Hochverrats und Mordes schwebt, daß er aber flüchtig sei und sich angeblich in Rußland aufhalte.

R. A. Dr. Samter: König und Diener haben schon seit langem in Verbindung mit der Polizei gestanden.

Diener: Hätte Neumann mir von einer Sitzung erzählt, in der über die Ermordung des Ministers Bolz beraten werden sollte, dann wäre ich selbstverständlich ans Telefon gegangen, um Bolz zu warnen.

R. A. Dr. Wolf (entrüstet): Der Angeklagte Diener war doch damals kommunist. Wie kam er also dazu, den Minister Bolz zu warnen?

R. A. Dr. Löwenthal: Will der Angeklagte Neumann zugeben, daß kurz vor seiner Verhaftung die Birnin des betreffenden Lokals geflohen sei, die Polizei werde bald kommen.

Neumann (sehr erregt): Man verläßt hier etwas zu konstruieren. Ich kann sich doch nicht der genau-n Worte der Birnin heute mehr entsinnen.

R. A. Dr. Wolf: Ich beantrage die Ladung der Birnin des betreffenden Stuttgarter Lokals. — Eine Reihe weiterer Fragen an Poegel führen auf die Beteiligung des Chauffeurs

Mörsner an den Stuttgarter Nordplätzen, wobei Poegel seine in der Voruntersuchung erhobenen Anschuldigungen gegen Mörsner größtenteils widerruft.

Rechtsanwalt Neumann: Sie haben gesagt, Sie sollten in Stuttgart den Verkehr organisieren.

Poegel: Die Eisenbahnerorganisation und das Transportwesen sollten zusammengefaßt werden, damit die Kommunisten bei dem zu erwartenden Putsch von Rechts die notwendigen Instrumente in die Hand bekommen, um die Arbeiterregierung zu errichten. Nachdem Poegel auf weitere Fragen des Rechtsanwalts Neumann sich über keinen Mannheimer Aufenthalt geäußert und auch zugegeben hat, daß er dort bei einem Kommunisten Kern abgestiegen war und an einer Funktionärstagung teilgenommen hatte, in der über eine am 13. Februar zu veranstaltende Demonstration beraten wurde, erklärte Poegel schließlich, daß der Widerruf seiner Auslage in der Voruntersuchung sich lediglich auf den Fall Seesat bezogen habe, nicht aber auf die übrigen Fälle.

Rechtsanwalt Neumann beantragt darauf als Zeugen für die Geständnisse des Poegel zur Klage des Hochverrats die Untersuchungsrichter Frey und Jürgens zu vernehmen. Diese würden bestätigen, daß Poegel ausdrücklich beauftragt habe, sich im Auftrage der Partei hochparatierlich betätigt zu haben. Diese Feststellung entseheft umfangreiche, teilweise sehr erregte politische Erörterungen.

R. A. Dr. Wolf (zu Poegel): Das bezog sich doch auf die Zeit vor dem Hitler-Putsch. Was haben denn die Kommunisten damals über eine Erhebung von Rechts gedacht?

Poegel: Wir wollten der Drohung des Faschismus die Revolution von links gegenüberstellen, und wir wollten den Marsch von München nach Berlin durchkreuzen und so den Faschismus zurückschlagen, dann aber logischerweise die bedrückte Republik nicht wieder aufrichten, sondern an ihrer Stelle den kommunistischen Staat errichten. Wie als Arbeiter waren natürlich zu schwach die Republik zu stützen, so erklärte Poegel nach weiteren Fragen der Verteidiger. Erst wenn von Rechts die Monarchie errichtet würde, dann wollten wir an ihrer Stelle die Arbeiterregierung aufrichten.

Vors.: Davon haben Sie aber bei Ihren früheren Vernehmungen nie etwas gesagt. Wie wollten Sie denn das machen.

Poegel: Ich allein konnte das natürlich nicht machen (Heiterkeit). Unsere Aufgabe wäre es gewesen, uns der Produktionsmittel zu bemächtigen.

Vors.: Das war doch aber nur mit Gewalt möglich. Ein größerer Teil des Volkes könnte doch eine Arbeiterregierung ab.

Poegel: Wir haben natürlich gelernt, daß wir uns dazu der Mittel der Bourgeoisie bedienen mußten, die ja auch nicht mit dem Taschentuch kämpft. Wir mußten also Gewalt anwenden.

Vors.: Na also. Die Verteidigung versuchte von neuem durch ein Kreuzfeuer von Fragen diesen Auslagen des Angeklagten Poegel eine andere Interpretation zu geben, worauf Poegel auf nachmaliges Befragen des Vorsitzenden wiederum erklärte: Für uns Arbeiter stand es nicht erst seit 1923 fest, daß wir eine Arbeiterregierung brauchten. Von uns konnte man nicht verlangen, daß wir diese Re-

volution anstrebten. Aber weil wir zu schwach waren, verhassten wir einen Sturz der Republik durch die Faschisten. Das wäre ihr Moment für uns gewesen, mit unseren Mitteln die Macht zu erringen. Wir hätten uns dabei derselben Mittel bedient, die die Bourgeoisie zur Niederdrückung der Arbeiterschaft bemüht hat. Die Bourgeoisie hat ja auch mit Maschinenengewehren gegen uns gekämpft.

Rechtsanwalt Neumann: Wer hat denn die Leitung der Verkehrsabteilung der SPD, was das nicht ein gewisser Erich Reichert?

Poegel: Den kenne ich nicht.

Rechtsanwalt Neumann: Ist Ihnen nicht bekannt, daß Reichert verhaftet worden ist; ist Ihnen ferner nicht bekannt, daß die Zusammenfassung des Verkehrs, von der Sie vorher sprachen, zu revolutionären Zwecken erfolgen sollte.

Zeuge: Für mich war es natürlich klar, daß die Kommunisten sich nur gewerkschaftlich betätigten, fordern daß es ihre Aufgabe war, die gewerkschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Für den Fall, daß wir uns der Macht bemächtigen, brauchen wir natürlich auch die Transportmittel.

Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Als nach der Pause die fraglichen Protokolle, die die Zeugenausagen des Angeklagten Poegel in einem anderen Verfahren darstellen, verlesen werden sollten, wird von der Verteidigung dagegen protestiert, während Rechtsanwalt Neumann als Antrosteller der Vertiefung sich auf die diesbezügliche Praxis des Reichsgerichts beruft. Die Protokolle werden darauf verlesen. Sie enthalten eingehende Angaben über die politische und militärische Organisation der SPD, Angaben, die die diesbezügliche Darstellung Neumanns voll zu bestätigen scheinen. Ein besonderer Abschnitt trägt die Ueberschrift

„Tscheta“.

Poegel gesteht darauf, daß er im November 1923 zum Mitglied der Reichstscheta in Berlin ernannt wurde. Es sei dies die Polizei der Zentrale zur Beobachtung der Partei, und zwar seien es sieben Mann gewesen. (Es folgen die Namen der von Neumann als Gruppenmitglieder bezeichneten Angeklagten.) Von anderen Tschetagruppen will Poegel nichts wissen, wohl aber von den Erstlingen von sogenannten Terrorgruppen. Besondere Gruppen, die nicht nur aus kommunistischen Anhängern, sondern auch aus gewordenen Beuten bestehen konnten, sollten als Provokation bei Demonstrationen auftreten. Diese Gruppen sollten Schäfte auf die Polizei abgeben und so die Polizei zum Schließen auf die Demonstrationen veranlassen, was dann im Parlament und Presse von der kommunistischen Presse ausgenutzt werden sollte.

Vors.: Poegel, was sagen Sie dazu?

Poegel: Das sind meine Angaben.

Vors.: Sind diese Angaben richtig?

Poegel: Zum Teil sind sie richtig, zum Teil habe ich sie mir erdacht.

Vors.: Was haben Sie sich denn z. B. erdacht? Sie haben hier ganz entschieden von einer Reichstschetagruppe gesprochen.

Poegel: Von dem Bestehen von Terrorgruppen ist mit Mitteilung gemacht worden.

Vors.: Von Tschetagruppen nicht?

Poegel: Ich habe gesagt, daß wir erst später als Tscheta bezeichnet worden sind.

(Schluß im Morgenblatt.)

„Hoflieferant“ Göbel.

Vorgänge in einer Butterhandlung. — Mißhandelte Verkäuferinnen.

Empörende Robeitsakte, begangen von den Inhabern der Butterhandlung Wilhelm Göbel an Verkäuferinnen, kamen in einer Schöffengerichtssitzung unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schulz zur Verhandlung und zur Bestrafung.

Der Gründer der Firma, die in Berlin 32 Verkaufsstellen, besonders in den Arbeitervierteln unterhält, hat vor einigen Jahren seine beiden Söhne als Teilhaber in das Geschäft aufgenommen. Die jungen Leute, 1899 und 1901 geboren, waren im Aufhänger der Firma tätig und hatten speziell auch die Fälle zu erledigen, in denen von den Filialleiterinnen Klagen über Verkaufserlöse erhoben wurden. In nicht weniger als vier zur Anklage stehenden Fällen haben nun die jungen Göbels teils allein, in einem Fall auch in Gemeinschaft mit dem Vater, nach einem ganz bestimmten, raffiniert ausgearbeiteten System die Beschwerdefälle zur „Erledigung“ gebracht. Sie führten in die betreffende Filiale, übtigen dort die beschuldigte Verkäuferin in die Hinterzimmere des Ladens, schlossen die Fensterläden, teilweise sogar die Tür ab und haben dann ihre Opfer in einer Art und Weise mißhandelt, die man heute nicht mehr für möglich halten sollte. Ein Fräulein B. sagte unter ihrem Zwangsbefehl aus, daß sie im Oktober 1923 in der Filiale in der Landsberger Allee auf die Denunziation einer Kollegin hin von den beiden jungen Chefs derartig

mit Ohrfeigen und Faustschlägen bearbeitet

worden sei, daß sie sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Das vorliegende Aktes wurde von dem praktischen Arzt Dr. Sachs in der Verhandlung erläutert. Er konnte feststellen, daß die Zeugin so ziemlich an allen Stellen des Kopfes Schwellungen und Blutunterlaufungen Stellen hatte und daß teilweise sogar die Haut gerissen war. Die Zeugin ist etwa drei Stunden lang in dem Hinterzimmer, zeitweise bei verschlossener Tür, festgehalten worden. Während dieser Zeit sind ihre Koffer und ihre sonstigen Privatgegenstände, ja selbst die Briefe ihres Verlobten, durcheinander und nachgesehen worden, weil man noch gestohlene Ware bei ihr vermutete. Die Zeugin ist dann weiter noch durch Drohung mit neuen vermehrten Schlägen gezwungen worden, Reverse zu unterschreiben, nach denen sie keinerlei Ansprüche an die Firma hatte. Ähnlich hat sich das bei den anderen zur Anklage stehenden Fällen auch zugetragen. Der Fall der Zeugin R. hob sich ganz besonders hervor. Fräulein R. war von dem alten Göbel in Gemeinschaft mit einem seiner Söhne ebenfalls mit Faustschlägen auf das fürchterlichste traktiert worden. Nach der Angabe der Anzeigenden sollte sie Nachtragslässe über die Inhaber und die Verhältnisse in der Filiale, in der sie beschäftigt war, weitergetragen haben. Der alte Göbel verteidigte den Standpunkt, daß bei einer Weiterverbreitung dieser Redereien eine schwere Schädigung seines Geschäftes zu erwarten gewesen wäre. Wie die Zeugin aber, ebenfalls unter ihrem Eide, bezeugt, ist sie dazu gekommen und hat mit eigenen Augen gesehen, wie eine Kollegin von ihr — die nebenbei bemerkt als Kronzeugin für die Firma auftrat — gewisse feindliche Beharlsartikel in demselben Topf gereinigt hat, in dem sonst das Essen zubereitet wurde. Bei der Auslage dieser Zeugin bemächtigte sich

des Gerichts eine große Erregung.

sowohl als auch der Zeugen und der Zuhörer. Alle Zeuginnen sagten übereinstimmend aus, daß sie nicht nur geschlagen und widerrechtlich festgehalten und genötigt worden waren, sondern daß sie sich auch Schimpfworte der Göbels, wie „ausgeblasenes Schwein“ und „Schwindlerin“ gefallen lassen mußten.

Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts, der für Heinz G. 1200 Mark Geldstrafe, für Günther G. 1000 Mark und für den alten Göbel 500 Mark beantragt hatte, weislich hinaus. Wie der Vorsitzende bei der Urteilsverkündung betonte, ist das Verhalten der Angeklagten gegenüber ihren Angestellten ein außerordentlich unanständiges gewesen, daß eine exemplarische

Strafe angebracht erschien. Das Gericht erkannte deshalb gegen den alten Göbel auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, für Günther G. auf acht Monate und für Heinz G. auf neun Monate Gefängnis. Den Angeklagten wurden mißerbende Umstände verjagt.

Die Angeklagten in diesem Prozeß sind offenbar begeisterte Anhänger der Prügelstrafe. Diese Auffassung ließ selbst der Verteidiger in seinem Plädoyer durchblicken, indem er sich auf die frühere Gesindeordnung berief. Es ist nur zu begrüßen, daß eine der Mißhandelten den Mut fand, die Sache zur Anzeige zu bringen. Auf diese Weise kann sich die Firma im Punkte des Geschäftsbetriebes der Bevölkerung warm empfohlen halten.

Poststelle Tiergarten.

Die Strafanträge des Staatsanwalts.

Die Verhandlungen wegen der Beschuldigungen bei der Poststelle des Postamtes Tiergarten und beim Reoler 2 in der Halldrechtsstraße war gestern vorzeitig, wie Landgerichtsdirektor Lehmann geheimnisvoll andeutete, „aus technischen Gründen“ abgebrochen worden. Diese „technischen Gründe“ waren besonderer Art, wie sich heute herausstellte.

Ein Verteidiger hatte dem Vorsitzenden die Mitteilung zugehen lassen, das Feldmann Kriminalkommissar Gennat Angaben zur Ermittlung der Helfershelfer von Tannenbaum machen könne, der auch die Umkehrung der Vorbereitungen mit den falschen Stempeln und den falschen Unterschriften von Polizeibeamten auf anderen Reviere angefertigt hatte. Der Pächter sollte ein Stereotypist sein, der in einem Hause Ecke Velbuis- und Kantstraße wohne, und daraufhin hatte gestern nachmittag die Kriminalpolizei Ermittlungen angezettelt. — Kriminalkommissar Gennat berichtete dem Gericht, daß die Ermittlungen bisher ergebnislos verlaufen seien, jedoch scheint es, als ob an den Angaben Feldmanns etwas Wahres sei. Feldmann sei übrigens immer sehr gut unterrichtet gewesen und habe auch sofort Wind bekommen, als die ersten Ermittlungen einlegten. Staatsanwaltschaftsrat Richter nahm darauf das Wort zur Vertretung der Anklage. Die Beschuldigungen, die Feldmann und Tannenbaum mit Hilfe der angeklagten Beamten verübt haben, hätten sich als eine öffentliche Gefahr erwiesen. Es sei durch dieses Treiben das ganze Postwesen laßiert worden. Die Kontrolle über die Ausländer sei verhindert worden und das Postverfahren sei zu einer Farce gemacht worden. Gegenüber den Ausländern habe sich aus diesem Verfahren eine Bevorzugung der Ausländer ergeben. Viele Verbrecher konnten sich mit den falschen Briefen den Zugriff der Polizei entziehen. Auf den ersten Blick erlaube abzurufen, daß Beamte wegen solcher Gefährlichkeiten, wie einigen Zigaretten und einem Glas Bier, ihre Ehre und Ehrentätigkeit auf Spiel setzen wollten, aber man kann diese Dinge nur richtig beurteilen, wenn man sich in die damalige Zeit zurückversetzt, in die Inflation, unter der das ganze Volk zu leiden hatte. Der Staatsanwalt stellte am Schluß seines Plädoyers folgenden Strafantrag: Gegen Schulz, Herrat, Gommer, Managat, Jöhner und Schwarz je 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Feldmann 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Finkenstein und Polkowski wegen Beihilfe 4 Monate 2 Wochen Gefängnis, gegen Finkenstein außerdem 3000 Mark, gegen Polkowski 150 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte von Rastrom müsse freigesprochen werden, da seine Mitwirkung nicht erwiesen sei.

„Sportlerwelt“. Am Samstag, den 21. Februar 1925 findet im Reaktor „Schall und Rauch“ im Großen Schauspielhaus ein Spezialkonzert statt mit verschiedenem Programm, unter Mitwirkung von Frau Pambert-Panzen, Abode Plon und Gerda Rosel Paul Dietrich, Volke Dreim usw. Die Berliner Sportwelt wird sich an diesem Abend ein Bild davon geben.

